

## Drohende Konkurrenz aus Osteuropa

Fortsetzung von Seite 1

„Es darf nicht dazu kommen, dass Firmen, die heimische Arbeitskräfte beschäftigen und hier Steuern und Sozialabgaben entrichten, durch unfairen Wettbewerb und Betrügereien vom Markt verdrängt werden“, mahnt Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Was dem Verband verstärkt zu schaffen macht, sind illegale Praktiken wie Schwarzarbeit. Daher gehe man davon aus, dass der kritischere Zeitpunkt nicht der erste Mai 2011, sondern der erste Januar 2014 sein wird. Dann soll die Arbeitnehmer-Freizügigkeit auch für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien gelten. Das Argument lautet: Dort sei der Lebensstandard viel geringer als in den Staaten, die 2004 in die EU gekommen sind. Da könnten sich viele auf den Weg nach Deutschland machen.

nen Mindestlohn-Unterschied von derzeit 3,25 Euro gibt. Der Mindestlohn-Unterschied für Facharbeiter zwischen West- und Ostdeutschland ist mit 3,45 Euro sogar noch größer. Das ist abenteuerlich und verzerrt den freien Wettbewerb. Um die Konjunktur in Ostdeutschland zu stützen, vor allem auch mit Blick auf die kommende vollständige Arbeitsmarkt-Freizügigkeit, brauchen wir einen flächendeckenden, einheitlichen und vor allem marktgerechten Mindestlohn, der unsere Betriebe konkurrenzfähig hält und hilft, die regionale Konjunktur zu stabilisieren“, lautete die Forderung von ZVOB-Präsident Jochen Forstbohm. Er erinnerte daran, Mindestlöhne nicht mit Tariflöhnen zu verwechseln: Zu hohe Mindestlöhne schränken die Handlungsfähigkeit der Unternehmer auf

Schneider erklärte: „Das deutsche Bau- und Ausbauhandwerk blickt je nach Sparte mehr oder weniger optimistisch in die Zukunft. Denn wir sind sicher, dass es insbesondere aufgrund des Energiekonzeptes der Bundesregierung, aber auch aufgrund des demografischen Wandels unserer Gesellschaft Bauaufgaben zuhauf gibt. Die Qualität unserer Mitarbeiter wie auch die abgelieferte Bauqualität gibt uns einen wichtigen Vorsprung gegenüber unseren mittel- und osteuropäischen Wettbewerbern. Einzige Voraussetzung: Unsere Kunden, öffentliche wie private, sehen ein, dass diese Qualität ihren Preis hat.“

Bei einer vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln durchgeführten Befragung unter Ökonomen zur Auswirkung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit auf die deutsche Wirtschaft glauben 65,5 Prozent der Befragten, dass sich die Arbeitnehmer-Freizügigkeit eher positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirkt. Faire Rahmenbedingungen fordert auch Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH). In einem Statement für die Deutsche Handwerks Zeitung fordert er effektive Kontrollen, um Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen. Doch seiner Auffassung nach bietet die Arbeitnehmer-Freizügigkeit gerade für die Handwerksbetriebe im grenznahen Bereich auch Chancen. „So können sie jungen Menschen aus den angrenzenden Nachbarländern eine Ausbildungsperspektive anbieten und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Zudem können die Betriebe mit einer steigenden Zahl an Aufträgen aus dem Wachstumsmarkt Mittel- und Osteuropa rechnen. Die hohe Fachkompetenz und Erfahrung des deutschen Handwerks wird dort in immer stärkerem Maße nachgefragt.“

Dieser Auffassung schloss sich auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) an. Mit einer großen Zuwanderungswelle sei kaum zu rechnen, so der DIHK in einem im März veröffentlichten Newsletter. Akademiker der EU-Beitrittsländer können infolge einer Ausnahmeregel ohnehin schon seit zwei Jahren nach Deutschland kommen. Außerdem seien viele Zuwanderungswil-

Anzeige



**recycling aktiv / TiefbauLive 2011**  
18. – 20. Mai 2011, Baden-Airpark  
Karlsruhe / Baden-Baden

**Besuchen Sie uns  
im Freigelände, Stand C 107!**

**ZEPPELIN CAT**

[www.zeppelin-cat.de](http://www.zeppelin-cat.de)

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, erklärte dazu in Berlin: „Auch wenn ausländische Bauunternehmen unsere Mindestlöhne und den tariflichen Urlaub gewährleisten müssen, richten sich alle anderen Sozialleistungen sowie die Steu-

Kosten ihrer Flexibilität ein und könnten schlimmstenfalls zu Firmeninsolvenzen und Arbeitsplatzabbau führen.

Die IG Bau betrachtet auch das Problem der Scheinselbstständigen mit Sorge. Denn sie müssten weder Tarif- noch Min-



„... das ist jetzt die 200. Mischerladung. Und noch immer keine Bodenbildung!“

Zeichnung: Götz Wiedenroth

erpflcht nach dem Recht des Heimatlandes. Diese sind in der Regel deutlich geringer. Dadurch werden sich die Wettbewerbsbedingungen für inländische Baubetriebe deutlich verschlechtern; diese werden einmal mehr einem Preisdumping ausgesetzt, das zwangsläufig auch zulasten der Bauqualität gehen kann.“

Selbst wenn Baubetriebe aus den EU-Beitrittsländern ihren Beschäftigten die tariflichen Mindestlöhne zahlen müssen, gibt es große Mindestlohn-Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. So sprach sich erst kürzlich wieder der Zweckverband Ostdeutscher Bauverbände e. V. (ZVOB) erneut für einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn in der Baubranche aus. „Die Tarifabschlüsse in der Baubranche haben dazu geführt, dass es zwischen Berlin und Brandenburg ei-

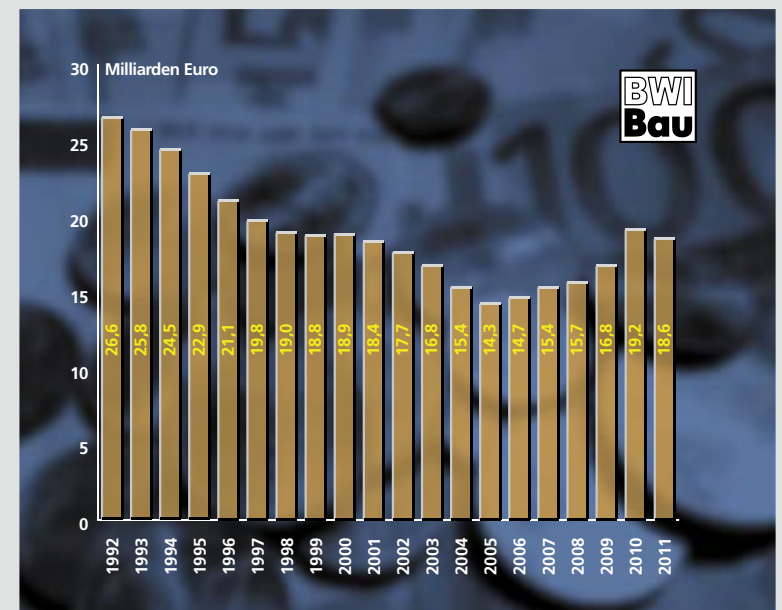
destlohn zahlen und sparten die Beiträge für die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft. „Das daraus folgende Preisdumping wird Arbeitsplätze kosten und zulasten der Bauqualität gehen“, schätzt Loewenstein, der dafür eintritt, die Rahmenbedingungen zu ändern. Sein Vorschlag: Ausländische Unternehmen, die auf dem deutschen Markt tätig sind, müssten früher als erst nach 24 Monaten in Deutschland der Steuer- und Sozialversicherungspflicht unterliegen. Darüber hinaus verlangt er, dass die öffentliche Hand als Auftraggeber eine Vorreiterrolle übernimmt: „Denn immer noch bekommt regelmäßig das billigste und häufig nicht das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag, obwohl das geltende Vergaberecht dies anders vorsieht.“ Er verlangte, dass sich das Bewusstsein der Vergabestellen ändern müsste.

lige bereits in Länder mit frühzeitig geöffneten Arbeitsmärkten gezogen. Laut dem DIHK verlaufe die demografische Entwicklung in den Beitrittsstaaten zum Teil ähnlich wie hierzulande – der Anteil der Jüngeren sinke. Und die wirtschaftliche Lage habe sich dort in den letzten Jahren positiv entwickelt, was den Anreiz auszuwandern ebenfalls verringerte. Dies untermauert der DIHK mit einem Ländervergleich. Dort, wo sich der Arbeitsmarkt früher geöffnet habe, sei es weder zu großen Verdrängungen einheimischer Arbeitnehmer noch zu steigender Arbeitslosigkeit gekommen. Auch eine hierzulande mitunter befürchtete Lohnabsenkung habe es ihm zufolge nicht gegeben. Darum zieht der DIHK die Schlussfolgerung: Deutschland müsse nicht mit einer massiven Zuwanderung rechnen.

## Aktuelle Grafiken:

### Kommunale Bauinvestitionen rückläufig

Ausgaben in Milliarden Euro

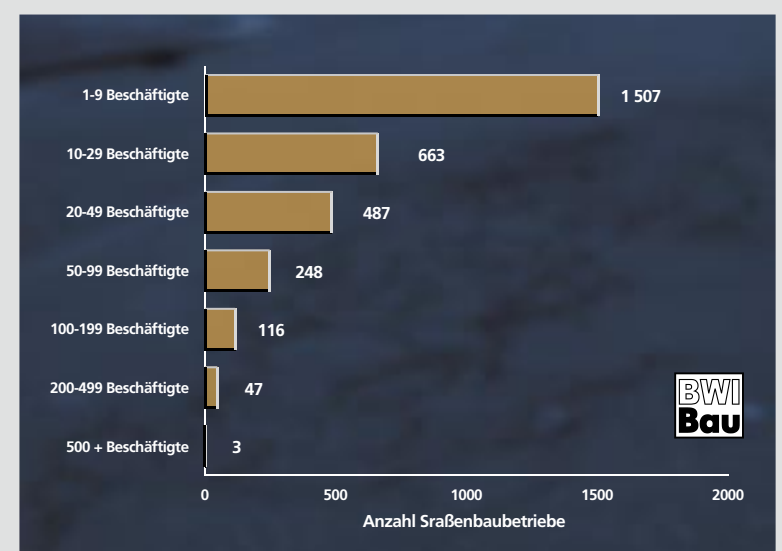


Dank des Konjunkturpaketes haben sich die kommunalen Bauinvestitionen im Jahr 2010 deutlich erhöht: Nach Prognosen des Deutschen Städtetages hat es im vergangenen Jahr einen Anstieg der kommunalen Baumaßnahmen um 13,7 Prozent auf 19,2 Milliarden Euro gegeben. Dieser Zuwachs darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nicht mithilfe des Konjunkturpakets finanzierten Investitionen aufgrund der prekären Finanzlage vieler Kommunen weiterhin abnehmen. Daher ist im Jahr 2011 wieder mit einem Rückgang der kommunalen Bauinvestitionen um rund drei Prozent auf 18,6 Milliarden Euro zu rechnen, obwohl aus dem Konjunkturpaket noch erhebliche Mittel zu erwarten sind. Als praktisch unausweichlich ist nach Ansicht des Städtetages ein deutlicher Rückgang der kommunalen Bauinvestitionen im Jahr 2012 anzusehen. Denn vor allem die Dynamik steigender kommunaler Sozialausgaben ist ungebrochen. Dadurch steigt – trotz derzeit wieder wachsender Steuereinnahmen – die Unterfinanzierung vieler Kommunen mit jedem Jahr weiter an.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; 2010–2012: Deutscher Städtetag

## Über 3 000 Straßenbaubetriebe in Deutschland

Stand Juni 2010



In Deutschland gibt es derzeit 3 071 Betriebe, die schwerpunktmäßig im Straßenbau tätig sind (Stand Juni 2010). Das entspricht rund vier Prozent aller 73 300 bauhauptgewerblichen Betriebe im letzten Jahr. Knapp die Hälfte der Straßenbaubetriebe (1 507 Betriebe) ist den Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten zuzurechnen. Auch im Straßenbau war in den letzten 15 Jahren eine deutliche Zunahme der Zahl und des Anteils dieser Kleinstbetriebe zu verzeichnen: Ihre Zahl stieg von 1 050 Betrieben im Jahr 1995 auf 1 507 Betriebe im Jahr 2010 (+ 44 Prozent). Damit ist es auch im Straßenbau trotz jahrelanger Baukrise zu keiner Marktberreinigung gekommen, sondern die Zahl der Betriebe ist insgesamt fast unverändert geblieben. Dafür hat die Kleinteiligkeit der Branche weiter stark zugenommen. Auf der anderen Seite gibt es aktuell 50 Großbetriebe im Straßenbau mit 200 und mehr Beschäftigten. Das entspricht exakt einem Viertel aller Großbetriebe im Bauhauptgewerbe. Obwohl es absolut auch im Straßenbau seit 1995 zu einem Rückgang der Großbetriebe gekommen ist (von 86 auf 50 Betriebe), so hat sich ihr Anteil an allen Großbetrieben des Bauhauptgewerbes in diesem Zeitraum von 13 Prozent auf 25 Prozent fast verdoppelt. In anderen Bereichen des Bauhauptgewerbes ist die Zahl der Großbetriebe also deutlich stärker zurückgegangen als im Straßenbau.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt